



## **Pressemitteilung** **vom 30. April 2004**

---

### **Ausbildungsplatzabgabe: Städte lehnen auch entschärfte Fassung ab**

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags lehnt auch eine zugunsten der Kommunen entschärfte Ausbildungsplatzabgabe ab. Dem Vernehmen nach sollen Städte und Gemeinden von der Abgabe befreit werden, wenn sie sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden. Unter diesem schwammigen Begriff sollen angeblich nur Kommunen fallen, die schon praktisch den „Offenbarungseid“ leisten müssen und ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen können.

Diese Regelung hilft den Kommunen insgesamt nicht weiter. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags Oberbürgermeister Josef Deimer: **„Selbst wenn die entschärfte Fassung der Ausbildungsplatzabgabe die Mehrausgaben etwas reduziert, bleiben die Städte und Gemeinden mit erheblichen Ausgaben hängen.** Unberücksichtigt bleibt, dass vor allem die Städte bei der Ausbildung junger Menschen erhebliche Leistungen erbringen, die im Gesetzentwurf nicht anerkannt werden. Allein im Bereich des Berufsschulwesens geben die Kommunen bundesweit jährlich mehr als 1 Milliarde Euro für den Bauunterhalt dieser Schulen aus. Dazu kommen kommunale Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme, mit denen insbesondere in Großstädten aktiv gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorgegangen wird. Deimer: **„Was bringt es, wenn wir einerseits Ausbildungsplatzabgabe zahlen und zugleich diese Mittel bei der Jugendarbeit einsparen müssen?“**

Bei der Berechnung der Ausbildungsplatzabgabe werden Berufsgruppen wie Lehrer oder Erzieher einbezogen, obwohl diese Gruppen von den Städten gar nicht ausgebildet werden dürfen. Für widersinnig halten es die Kommunen, in speziell für den öffentlichen Dienst geschaffenen Ausbildungsberufen über den Bedarf hinaus auszubilden. Diese Berufe, wie beispielsweise Verwaltungsfachangestellte, sind in der Privatwirtschaft kaum gefragt. Deimer: **„Was soll eine Ausbildung, mit der die jungen Menschen anschließend nichts anfangen können?“**



